

Busse und Bahnen stehen still

In dieser Woche gingen die Warnstreiks der Beschäftigten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in die nächste Runde, da die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) weiterhin nicht zu Verhandlungen über einen bundesweiten Tarifvertrag bereit ist. Am Dienstag blieben in Hessen, Niedersachsen und Bremen Busse und Bahnen in den Depots. Donnerstag und Freitag sollten Warnstreiks in NRW, Baden-Württemberg und Bayern folgen. Bereits in der Vorwoche standen bundesweit alle Räder still. ver.di hatte die Beschäftigten des ÖPNV zu einem eintägigen Warnstreik aufgerufen, der seine Wirkung nicht verfehlte.

Ziel der Gewerkschaft ist es, einen bundesweit geltenden Rahmentarifvertrag für die 87.000 Beschäftigten in 130 Verkehrsbetrieben im öffentlichen Nahverkehr zu erkämpfen. So sollen landesweit geltende Standards für alle dort Beschäftigten geschaffen werden. Dies ist aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen dringend notwendig, da sich die Arbeitsbedingungen in der Branche bundesweit stark auseinanderentwickelt haben. Konkret fordern die Streikenden ein 13. Monatsgehalt, Erhöhungen der Zulagen für belastende Dienste und Schichten sowie 30 Urlaubstage für alle Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr, ob in Rostock oder Bamberg.

Bereits seit März laufen die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der VKA. Die Kapitaleseite hat bislang alle Forderungen der Gewerkschaft zurückgewiesen. Insbesondere Verhandlungen über einen bundesweiten Rahmentarifvertrag werden kategorisch abgelehnt. Die Antwort auf diese Verweigerungshaltung war die größte flächendeckende Streikbewegung in den letzten 20 Jahren in diesem Wirtschaftssektor. Nach Angaben von ver.di lag die Streikbeteiligung in den aufgerufenen Betrieben bei mehr als 90 Prozent. Dies verwundert nicht, denn die Belastung der Beschäftigten ist in dieser Branche extrem hoch und für viele auf Dauer kaum zu ertragen.

Exemplarisch hierfür steht ein Bericht eines Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern, der seinen Namen aus Angst vor Repressalien nicht nennen möchte. Er arbeitet schon seit 47 Jahren als Busfahrer in einem privatisierten Unternehmen. Er hat aktuell über 2.000 Überstunden angesammelt. Ein Abbau erfolge gar nicht, denn es ist schlichtweg zu wenig Personal da. Die Arbeitsbelastung ist zudem, auch aufgrund der geteilten Schichten, sehr hoch. Weil sich die personelle Situation immer mehr zuspitzt, müssen sogar drei der fünf Schlosser im Betrieb morgens Bus fahren, um die Fahrgästabfertigung aufrecht zu erhalten. Dies ist kein Einzelfall in einer abgelegenen und wirtschaftlich abgehängten Region in Ostdeutschland.

Bundesweit fehlen im ÖPNV etwa 15.000 Stellen. Nach Angaben von ver.di wird sich das Problem in naher Zukunft noch verschärfen, da in den nächsten Jahren aufgrund der Altersstruktur von den heute 87.000 Kolleginnen und Kollegen 40.000 in Rente gehen werden. Angesichts solcher Arbeitsbedingungen und Zukunftsperspektiven sind die Aussagen des Hauptgeschäftsführers der VKA, Niklas Benrath, an Ignoranz kaum zu überbieten: „Die bundesweiten Warnstreiks (...) sind organisationspolitisch motiviert und passen nicht in die krisengeplagte Zeit“. Diese Feststellungen zeigen, dass der Unternehmerverband das Signal der Streikenden und ihrer Gewerkschaft noch nicht verstanden hat.

Wenn es gelingt, diese Tarifaueinandersetzung mit anderen Arbeitskämpfen, ob im öffentlichen Dienst, in den Kliniken oder im Metall- und Elektrobereich, in Beziehung zu setzen, wäre die Botschaft der Streikenden unmissverständlich, auch für die ignorantesten Kapitalvertreter.